Systeme gegen Vernunft und Markt

Von Thorsten Polleit

„Stets findet Überraschung statt, da wo man's nicht erwartet hat", so schrieb schon Wilhelm Busch (1832 – 1908). Damit hat er dem „Gesetz der unbeabsichtigten Konsequenz" – unverzichtbarer Zusatz für eine umsichtige Ökonomik – ein dichterisches Denkmal gesetzt. Es war der französische Ökonom und Publizist Claude Frédéric Bastiat (1801 – 1850), der diesem Gesetz besondere Aufmerksamkeit schenkte: Für ihn war ein schlechter Ökonom, wer sich in seiner Analyse auf die sichtbaren Effekte einer Handlung beschränkt; und ein guter Ökonom zeichnet sich dadurch aus, dass der auch die nicht sichtbaren Effekte beachtet.

Der Zeitgeist, der aktuell die „Mainstream"-Ökonomenzunft durchzieht, schenkt dem Gesetz der unbeabsichtigten Konsequenz kaum noch die notwendige Aufmerksamkeit. In der Regel lassen sich Politikempfehlungen von den erhofften und sichtbaren Effekten leiten, während die Wirkungen, die man weder erhofft noch unmittelbar sieht, meist keine, oder wenn, dann nur eine untergeordnete Rolle spielen. Und so wäre es nicht verwunderlich, wenn aus der Krisenbekämpfung der Regierungen auch nicht das folgt, was allgemein erhofft wird: nämlich Rückkehr und Erhalt eines leistungsfähigen – und damit freiheitlich – verfassten Wirtschaftssystems.

Die Repräsentanten und Befürworter der staatlichen Kredit- und Geldordnung, der die Verantwortung für das Debakel auf den internationalen Kredit- und Finanzmärkten zuzuschreiben ist, haben sich nämlich daran gemacht, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu „bekämpfen". Zu ihnen zählen vor allem die „Experten" in den Finanzministerien, Aufsichtsbehörden und Zentralbanken, die begleitet und ermutigt werden von den Lehren und Politikempfehlungen der „Mainstream"-Ökonomen. Das Bild, dass so der Bock zum Gärtner gemacht wird, drängt sich geradezu auf, schließlich ist der de facto Kollaps des Kredit- und Geldsystems im Kern das Ergebnis der staatlichen Hoheit über die monetären Geschehnisse, in der die staatlichen Notenbanken das Monopol über die Geldproduktion halten und zudem die staatlichen Aufsichts- und Regulierungsbehörden mit Erlassen, Geboten und Verboten das Verhalten der Marktakteure ganz entscheidend prägen und kanalisieren.

Mit Blick auf die allseits beklagten Missstände – Rezession und steigende Arbeitslosigkeit – kommt dem Staatsgeld eine ganz besondere unheilvolle Rolle zu. Die staatlichen Zentralbanken bestimmen nämlich, wie viel Geld – produziert durch Kreditvergabe der Ban-

ken – in Umlauf gebracht wird. Das ist nicht nur eine chronisch inflationäre Geldproduktion, sondern es ist auch ein Verfahren, das für fortwährende Störungen im Wirtschaftsgefüge sorgt, weil die staatliche Geldproduktion den Marktzins künstlich absenkt und Investitionen in Gang setzt, die ohne ein Heruntermanipulieren des Zinses nicht angegangen worden wären, und deren Erfolg davon abhängt, dass immer mehr Kredit und Geld in Umlauf gebracht und die Zinsen immer weiter abgesenkt werden.

Droht die durch immer mehr Kredit und Geld errichtete konjunkturelle Scheinblüte zusammenzufallen, „bekämpfen“ die Zentralbanken die eigentlich notwenige „Bereinigungsrezession“ mit einem noch weiteren Absenken des Marktzinses durch ein noch weiteres Ausweiten des Kredit- und Geldangebots. Weil kaum mehr Kredite zurückgezahlt werden, sorgt diese Geldpolitik im Zeitablauf für ein Anwachsen der Verschuldung relativ zum Einkommen der Volkswirtschaften. Mittlerweile scheint sich weltweit eine Überschuldungssituation eingestellt zu haben, die ihren Ausgangspunkt in der amerikanischen „Subprime Krise“ im Herbst 2007 genommen hat.

Private Kreditgeber haben angesichts der gewaltigen Kreditpyramide nun die Sorge, dass Schuldner ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen können. Sie wollen fällige Kredite nicht mehr, oder wenn, dann nur zu deutlich höheren Zinsen erneuern. Und gleichzeitig scheinen (Dauer-)Schuldner nicht in der Lage oder willens zu sein, fällig werdende Kredite zurückzuzahlen oder höhere Zinsen auf ihre Schulden zu bezahlen.

Doch eine solche Diagnose der Krisenursache scheint nicht in die staatlichen Maßnahmen der Krisenbekämpfung einzugehen. Dass sich öffentlich kaum Widerspruch gegen das regt, was die Regierungen beschließen – allen voran ein noch stärkeres Ausweiten der (staatlichen) Kredit- und Geldschöpfung –, mag insbesondere auch an der atemberaubenden Komplexität der Krise liegen, die aus dem Staatsgeldsystem erwachsen ist. In der Tat ist das Kredit- und Geldsystem mit all seinen Institutionen und Regelwerken so unübersichtlich geworden, dass es – wenn überhaupt – nur noch von „Experten“ verstanden wird. Die Volksvertreter selbst sind wohl kaum mehr in der Lage, die Quellen für Fehlentwicklungen des Systems zu identifizieren, vor allem solche nicht, die erst mit einer Zeitverzögerung in Erscheinung treten. Sie müssen sich auf den Rat von „Systemexperten“ verlassen.

Diese Fachleute haben ihre Berufskarrieren darauf verwandt, Experten des Systems zu werden. Bei ihnen dürfte es sich um solche Personen handeln, die vorbehaltlos die Prinzipien,

auf denen das System ruht, anerkennen. Denn diejenigen, die weder die Prinzipien, auf denen das System ruht, noch seine Ziele, die es verfolgt, befürworten, werden kaum die Bereitschaft und Ausdauer haben, sich mit den Einzelheiten und Gepflogenheit des Systems vertraut zu machen, um sich so im Kreise der ausgewiesenen Systemexperten – etwa in Rahmen von Gremiensitzungen und auf Konferenzen – zu bewähren.

Sie werden daher auch kein, oder wenn, dann nur geringes Gewicht haben, wenn es gilt, bei der Ursachendiagnose der Fehlentwicklungen und an der Formulierung von (System-)Reformen mitzuwirken. Allein schon das wirtschaftliche Eigeninteresse der Experten, die sich dem System verschrieben haben, dürfte verhindern, dass sich eine Reform durchsetzt, die das System so verändert, dass die bisherigen Systemexperten ihren Expertenstatus einbüßen.

Ist das staatliche System also erst einmal errichtet, so wird seine weitere Entwicklung so gestaltet, wie es diejenigen, die in seine Dienste getreten sind, für nötig und richtig erachten. Daher dürften auch die Beschlüsse auf dem jüngsten G-20 Gipfel der Staats- und Regierungschefs nicht überraschen: mehr Interventionismus und weniger Kapitalismus, mehr Staatsschulden und noch mehr Kredit- und Geldschöpfung – so lauten die Empfehlungen der Systemexperten, um die Krise zu bewältigen und künftige Krisen zu verhindern.

Ein Aufrechterhalten des Staatsgeldsystems wird jedoch immer weitgehende Einschränkungen der bürgerlichen unter unternehmerischen Freiheiten erfordern. Das wird nicht nur die wirtschaftlichen Kräfte erlahmen lassen, sondern es werden dabei auch immer gewaltigere Schuldenlasten aufgetürmt. Aus dieser Zwangsjacke werden sich die Gesellschaften aller Wahrscheinlichkeit nach früher oder später durch Inflation zu befreien suchen – mit all den damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Kosten.

Bislang zielen die Versuche der Regierungen und ihrer Experten darauf ab, die Inflation zu vermeiden und sie so gut es eben geht in die Zukunft zu verschieben, etwa dadurch, dass die zu Tage tretenden Rechnungen per Staatsverschuldung auf künftige Generationen abgewälzt werden. Doch auch das scheint nicht mehr auszureichen, den Zerfallserscheinungen Einhalt zu gebieten. Und so wird mittlerweile sogar das Nationalisieren von Geschäftsbanken als probates Mittel gesehen, um der Kreditmarktmisere Herr zu werden.

Ein solcher Schritt würde das verbliebene privatwirtschaftliche Element im Kredit- und Geldangebotssystem, das auf eine Korrektur der Fehlentwicklungen hinarbeiten könnte, eliminieren. Der Staat hätte dann uneingeschränkt über die Kreditvergabe und –verteilung zu

entscheiden und folglich auch darüber, welche Investitionen angegangen werden und welche nicht; und welche Arbeitsplätze geschaffen werden und welche nicht. Der Weg in die Lenkungs- und Befehlswirtschaft wäre vollzogen.

Der Interventionismus breitet sich deswegen ungehemmt aus, weil in der Öffentlichkeit die von ihm verursachten Krisen als Folge des freien Wirtschaftsgeschehens (um-)gedeutet werden. Und so werden die Finanz- und Wirtschaftskrisen, die das Staatsgeldsystem produziert, mit gerade den Mitteln „bekämpft“, die sie verursacht haben. Vermutlich hätten die betroffenen Bürger nicht ihre Zustimmung für das Errichten eines staatlichen Monopolgeldsystems gegeben, wenn sie zum Zeitpunkt, an dem die Entscheidung zu fällen war, auch nur ansatzweise gewusst hätten, welche langfristigen Folgen auf sie und ihre Nachfolgegeneration(en) zukommen.

Dass aber immer noch nicht der Ernst der Lage erkannt wird, und dass weiterhin in Staatseingriffen, nicht aber im Wirken der freien Marktkräfte die Lösung gesucht wird, dafür spricht, dass Vorschläge zur Reform des Geldsystems – allen voran das Privatisieren das Kredit- und Geldsystems – immer noch als exotisch und als nicht praktikabel abgetan werden. Und so bleibt nur mit Wilhelm Busch zu enden: „Aber wehe, wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe!“

Erschienen in: eigentümlich frei, Juni 2009

***